



Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy



Professor Dr. Dr. h. c. Jürgen Backhaus Lic. jur.

**Gilt das Coase Theorem auch
in den neuen Ländern?**

Diskurs 2008 – 4

Professor Dr. Dr. h. c. Jürgen Backhaus Lic. jur.

Gilt das Coase Theorem auch in den neuen Ländern?

Zusammenfassung

Das sozialistische Experiment der Deutschen Demokratischen Republik stand 1989 vor dem Aus ist mit der Wiedervereinigung Deutschlands ein Jahr später endgültig gescheitert. Die Geschwindigkeit dieses Prozesses übertraf alle Erwartungen, weil zunächst mit langwierigen Verhandlungen gerechnet wurde.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) setzte nicht darauf, der friedlich protestierenden Bevölkerung Einhalt zu gebieten, um den DDR-Staat mit Gewalt zu erhalten, sondern auf einen „Plan B“, welche die Sicherung des Parteivermögens vorsah.

Was geschah mit dem Vermögen der SED? Wurde es „verbrannt“ oder investiert? Es wurde investiert und diese Investitionen sind heute noch in vielen Ostdeutschen Städten sichtbar und haben allokativen Effekte, die bis heute den Wirtschaftsprozess in den Neuen Bundesländern hemmen.

Keywords: Neue Länder, Allokationseffekte, Crowding out

Backhaus, Jürgen – Prof. Dr. Dr. h.c. Lic. jur.
Universität Erfurt
Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Finanzsoziologie
Postfach 90 02 21
99105 Erfurt
juergen.backhaus@uni-erfurt.de

Professor Dr. Dr. h. c. Jürgen Backhaus Lic. jur.

Gilt das Coase Theorem auch in den neuen Ländern?

Einleitung

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ war die Randprägung der Fünf Mark Stücke und ein Kernsatz der Weimarer Verfassung. Bedeutet dies auch, dass Gemeineigentum den Vorzug vor dem Privateigentum hat – ein zentraler Grundsatz des deutschen Staatssozialismus? Das kann nicht sein, denn wenn die Eigentumsverhältnisse zum Staatsziel erhoben werden, statt Staatszweck zu bleiben, muss es zu Verwerfungen kommen. Dagegen halten die englisch geprägten ökonomische Theorien von Mandeville und Smith sowie der österreichisch geprägte F. A. von Hayek, dass der höchste gesellschaftliche Nutzen aus dem ineinander gefügten Zusammenspiel der Einzelnutzen gleichsam resultiert. Hinzu kommt als fester Bestandteil des kanonischen Lehrstoffs der Volkswirtschaftslehre das Coase Theorem, dem zufolge bei niedrigen Transaktionskosten die Zuweisung der Eigentumsrechte keinen Einfluss auf die Ressourcenverwendung hat.

Was dabei rauskommen kann, soll nachfolgendes Beispiel beschrieben. Der Eigennutz einer Gruppe kann auch langfristige Folgen haben, der man sich nicht besonders bewusst ist. Deswegen wurde hier das Thema: "Gilt das Coase Theorem auch in den neuen Ländern?" gewählt.

Das Coase Theorem besagt, dass die Zuweisung von Eigentumsrechten keinen Einfluss auf die Verwendung der Ressourcen haben, wohl aber auf die Verteilung, wenn die Transaktionskosten vernachlässigt werden können. In diesem Sinne handelt es sich um eine rhetorische Fragestellung, wenn nach dem Sinn des Coase Theorems und der Bedeutung der Transaktionskosten für die neuen Bundesländer handelt. Die Disziplin Law & Economics und der Aufsatz "The problem of social costs" sind auch deswegen im Journal of Law & Economics erschienen, um die Transaktionskosten in den Focus zu stellen. Ökonomen interpretieren das Theorem aber häufig, als sei tatsächlich keine ressourcenallokative Wirkung eingetreten.

Die Ergebnisse des Hammerstein-Berichtes

Vor einiger Zeit wurde über den Hammerstein-Bericht im Ausschuss für Systemvergleiche berichtet. Dort ging es auch um die Frage: „Was die Folge der so genannten

Panikaktionen von Rechtsanwalt Gysi waren“. Der Hammerstein-Bericht ist ein Dokument, welches 2006 der Bundesregierung vorgelegt worden ist. Die Hammerstein-Kommission wurde von der letzten Volkskammer einberufen, um die ungewöhnlichen Vorgänge im Hinblick auf SED-Vermögen und ihre Übertragung in verschiedene Formen zu untersuchen. Dr. Freiherr von Hammerstein hat die letzten Jahre die Kommission geleitet, welche einen fiskalischen Effekt hatte. Der Kommission ist es gelungen, den verschiedenen Organisationen der SED einen Teil des Vermögens zu entreißen. Es wurden etwa sieben Milliarden Euro gemeinnützigen Zwecken zugeführt, die nach einem bestimmten Schlüssel vom Bundestag beschlossen waren. Es handelt sich dabei um Vermögen, welches die SED in ihren Besitz gebracht hatte, Vermögen, was zum einen 1945 systematisch konfisziert wurde und zum anderen aus Devisen und Konten aus Nachfolgevermögen von z. B. Gewerkschaftspräsidenten von Parteien, auch solchen Parteien, die in der SED aufgegangen waren, Verlage, Ferienhäuser und übrigens bestand. Devisen waren nicht nur auf Konten, sondern auch in Tresoren aufbewahrt, DDR-Währung in großer Menge in Tresoren hinterlegt. Es wird berichtet, dass der gesamte Umlauf der Basis-Geldmenge noch in einem Tresor in Leipzig ist. Er wurde für den Fall einer Katastrophe als Ersatzform gegen gehalten. Auch dieser Ersatzumlauf der Basisgeldmenge kam in diesen Pool. Zum Zeitpunkt der Währungsumstellung - am 30. Juni 1990 - war noch ein ungeheurer Bargeldbestand im Besitz der SED und ihrer Nachfolgeorganisation sowie Satellitenorganisation. Zu dieser Zeit haben zum Kurs von 1 DM = 2 DDR-Mark Übertragungen stattgefunden. Gleichfalls ist ein Fülle von Schecks ausgestellt worden und es hat eine Vielzahl von Titelübertragungen gegeben. Gutschriften gab es auch Wochen später noch, wenn diese auf den 30. Juni datiert waren. Es sind 2 Notariate namentlich genannt, die rund um die Uhr beglaubigte Unterschriften setzen mussten. Eines ist in Berlin und das andere in Wien.

Die „Panikaktion“ von Gregor Gysi

Die Idee der „Panikaktion“ war, eine große Geldmenge in Beträge von 50.000 DM zu zerstückelt. Diese 100.000 DDR-Mark wurden zu Unternehmensgründungen vergeben. Ein SED-Mitglied, welcher aus diesem Topf versorgt wurde, musste ein kurzes Dokument mit einer Geschäftsidee und einer Solidaritätserklärung schreiben. Für diese Geschäftsidee wurden dann 100.000 Mark überwiesen und ein Unternehmen oder Geschäft gegründet. Dieser Aufsatz soll zeigen, dass diese Art Geld zu verteilen

einen nachhaltigen wirtschaftlichen Effekt hat, welcher im Sinne des Coase Theorems steht, also keinen reinen Verteilungseffekt hat, aber einen Effekt auf die Allokation der Ressourcen. Und wenn es einen allokativen Effekt gibt, stellt sich die Frage: "Gilt das Coase Theorem nicht in den neuen Ländern?".

Die „Panikaktion“ muss im Zusammenhang mit einem existierenden Plan B gesehen werden, dessen Autor wohl auch Gregor Gysi war. Dieser Plan B ist sehr wichtig, um zu verstehen, warum sich in Leipzig und in anderen Großstädten die Dinge so entwickelt haben und warum nicht die vorbereiteten Auffanglager benutzt wurden. Die Auffanglager waren abgelegene Gehöfte, alte Burgen, große Gefängnisanlagen, oft mit eigenen Aggregaten für die Elektrizitätsversorgung, um eventuellen Sabotageakten vorzubeugen. In diesen Lagern wurden auch Stasi-Häftlingen und missliebige Menschen festgehalten. Ausgelegt waren die Anlagen für 2 Prozent der Bevölkerung der DDR, aber die Demonstrationen umfassten mehr als das – insofern ein Planungsfehler. Deswegen wurde auf Plan B zurückgegriffen und der bedeutete, so viel wie möglich von den Vermögenswerten zu retten und die Parteimitglieder in diesem Prozess in eine Marktwirtschaft zu begleiten.

Mit der Umstellung waren die 50.000 DM erreicht, um eine GmbH zu gründen. Der entscheidende Punkt ist die Rechtsform dieser Unternehmen. Das Kapital wurde nicht an den Firmengründer übertragen. Die Hammerstein-Kommission stellte also fest, dass diese umfangreiche Form der Geldwäsche juristisch nicht zu ahnden ist, weil eine juristische Lücke bestand. Deshalb wurden nur etwa 7 Milliarden Euro aus dem SED-Vermögen eingesammelt. Die 50.000 DM wurden an die Firmengründer übertragen und von diesen in die GmbH eingezahlt. Die Firmengründer mussten sich in Form einer treuhänderischen Erklärung verpflichten, dieses Kapital für den Geber zu verwalten. Der Geber als stiller Teilhaber ist aber zunächst nicht bekannt gewesen. Inwiefern dieses Treuhandverhältnis tatsächlich wirksam ist, kann hier nicht gesagt werden. Der typische Fall einer solchen Firmengründung verlief so, dass ca. 5 Personen gemeinsam tätig wurden, der Firmengründer und vier andere Personen, die in der Regel parteinah waren. Da diese Firmen vor 18 Jahren ihren Betrieb startete, sind sie 18 Jahre nach einem Geschäftsplan umgesetzt worden, der normalen betriebswirtschaftlichen Prüfungen nicht folgt. So ist das Kapital für 18 Jahre in einer bestimmten Form gebunden wurde.

Der allokativer Effekt

Hans-Jürgen Wagner, Autor verschiedener Lehrbücher auf dem Gebiet des Systemvergleichs, sagte einmal: "Es war eine großartige Idee das Geld zu verbrennen, das Geld ist weg. Es gibt keinen allokativen Effekt." Im folgendem soll diese These widerlegt werden. Wurde es verbrannt? Nein, es wurde nicht verbrannt. Es hat in der Tat die Gründung vieler Unternehmungen gegeben, die dann Betriebsmittel angeschafft haben und real existierende Ressourcen verwendeten. Normalerweise gab es keine ausreichende Geschäftsidee.

Das heißt also, es gibt einen Schub in den Transformationsprozess von Unternehmen, die mitunter vorher nicht bestanden, aber nun plötzlich im Sinne eines Versuchsballons entstehen. Einerseits binden diese Kapital und andererseits Personen. Diese Personen entwickelten eine Geschäftsidee, die ihnen schnell einfallen musste. Aber sie hatten keine Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft. Es handelte sich daher meist um Ideen, die noch aus den alten Wirtschaftsformen stammten. Manche dieser Unternehmen funktionieren heute noch, wie z. B. viele Wachdienste, Schlüsseldienste, aber auch Reinigungen, Haushaltswarengeschäfte, Hotels, Pensionen, usw.

Und wenn man sich heute einige ostdeutsche Städte ansieht, kann man feststellen, dass das Stadtbild von verfallenden Immobilien, schlecht instand gehaltenen Gebäuden, Geschäfte, die sich plötzlich aus dem Leben verabschieden, ohne dass ein Nachfolger sichtbar wäre, geprägt sind. Es handelt sich um die langfristige Verwirklichung von Plänen, die in einer normal geordneten Sozialen Marktwirtschaft nie in Angriff genommen worden wären. Diese Entwicklung hat jedoch dazu geführt, dass Kapital, Arbeit und andere Ressourcen, aber insbesondere Immobilien auf Dauer gebunden sind, was man auch als Crowding-out-Effekt bezeichnen kann, denn andere Unternehmen konnten sich daneben nur schwer etablieren.

Folgender Punkt ist eventuell schwierig zu verstehen. Die Entfaltung von Unternehmen setzt die Verabschiedung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen voraus. Eine Unternehmensidee muss den Gewerbebetrieb sowie die Verfahren genehmigt bekommen. Hier sind aber Netzwerke entstanden, die sehr früh auch Versicherungsverhalten hatten. Im Kreditwesen, Immobilienwesen – Bausparkassen, Stadtwerken usw. - gibt es Netzwerke aus der alten SED. In den kommunalen Wohnungsbaugenossenschaften gibt es fast nur Netzwerke aus der alten SED. Die verschiedenen Planungsämter z. B. der Stadt Erfurt stellen sich wie ein einziges Netz-

werk aus der alten SED dar. Und infolge dessen gibt es einen Blockadeeffekt, der sich ausbreitet und die „Gysi-Gründungen“ im Rahmen der Panikaktion ihrerseits schützt. Netzwerke finden sich darüber hinaus nicht nur in den Nachfolgeorganisationen, von denen schon die Rede war, sondern auch in den Kirchen, in den NGO's und in der Presse. Die Presse ist ja zum Teil überhaupt aus der alten Partei entstanden.

Die prophezeiten blühenden Landschaften für Ostdeutschland

Die blühenden Landschaften sind so von vorne herein mit einem wachstumshemmenden Dünger gedüngt worden, welche sich jene, die blühende Landschaften erwarteten, nicht so vorgestellt hatten. Die den Dünger anbrachten, haben natürlich davon nicht gesprochen. Und jene die geplant haben, haben es nicht voll durchschaut. Insbesondere im Hinblick auf die langfristigen wachstumshemmenden Folgen. Aber es gibt noch eine andere Folge und auf die hat der Regierungssprecher der großen Koalition im November 2007 indirekt hingewiesen. Das Legitimitätsdefizit der Wirtschaft und ihrer Institutionen, also z. B. der Handelskammern, die ja Zwangsorganisationen sind und am politischen Prozess teilnehmen wollen. In der Enquete-Kommission im Thüringer Landtag zur Neugestaltung Thüringens wurden plötzlich die Handelskammern befragt. Der Hinweis, dass diese keinerlei demokratische Legitimation haben, weil sie reine Zwangsorganisationen sind, führte zu einem Aufruhr.

In Erfurt wurde 2006 ein neuer Oberbürgermeister gewählt, der bisher keine Erfahrung in einem Amt hatte. Die Wahlbeteiligung lag unter 30 Prozent. Es wäre in einer süddeutschen Großstadt oder Landeshauptstadt undenkbar, dass ein Oberbürgermeisterkandidat antritt, der nicht wenigstens als Bürgermeister Erfahrung in das Amt und den Wahlkampf mitbringt. Es wäre auch völlig undenkbar, dass sich weniger als 30 Prozent der Bevölkerung an dem Angebot einer demokratischen Wahl beteiligen. Von einem Erfurter wurde die Frage, warum das so ist, folgendermaßen beantwortet: „Aber wussten Sie denn nicht, dass der CDU-Kandidat (erfolgreicher Kandidat) ein informeller Mitarbeiter war?“ Die Panikaktion und andere damit im Zusammenhang stehende Ereignisse haben nicht nur einen nachhaltigen wachstumshemmenden Effekt, sondern sie haben auch noch eine politische Legitimitätshypothek mitgebracht, denen wir uns ordnungspolitisch vernünftig für den Aufschwung in den neuen Ländern stellen müssen.

Quellenangaben:

Drucksache 16/2466 des Deutschen Bundestages vom 24.08.2006 „Unterrichtung durch die Bundesregierung – Schlussbericht der Unabhängigen Kommission zu Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR und Stellungnahme der Bundesregierung“.

Drucksache 14/4747 des Deutschen Bundestages vom 21.11.2000 - Bericht über die Rechenschaftsberichte 1999 sowie über die Entwicklung der Finanzen der Parteien gemäß § 23 Abs. 5 des Parteiengesetzes (PartG).

Schlussbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Berlin, 5. Juli 2006.

Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy

- 2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise
- 2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?
- 2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia
- 2007 – 4 Clapham, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft
- 2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance
- 2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective
- 2007 – 7 Libman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects
- 2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration
- 2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee
- 2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie
- 2008 – 1 Seliger, Bernhard - Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung
- 2008 – 2 Gemper, Bodo Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch
- 2008 – 3 Decouard, Emmanuel - Das „Modèle rhénan“ aus französischer Sicht
- 2008 – 4 Backhaus, Jürgen - Gilt das Coase Theorem auch in den neuen Ländern

Herausgeber:

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul
Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

www.Ordnungspolitisches-Portal.de